

Antwort der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Otto Fricke, Dr. Volker Wissing,
Carl-Ludwig Thiele, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 15/4454 –**

Rating-Agenturen

Vorbemerkung der Fragesteller

Die immer weiter steigende Verschuldung des Bundes führt zu steigenden Zinszahlungen. Dieses wird zwar gegenwärtig aufgrund des niedrigen Zinssatzes etwas abgefangen, dürfte jedoch in den nächsten Jahren, sobald die Niedrigzinsphase beendet ist, mit weiteren Zahlungsverpflichtungen einhergehen.

Dabei profitiert die Bundesrepublik Deutschland bei ihrer Kreditaufnahme von ihrem bisher sehr guten Status als Schuldner.

In Zusammenhang mit der Bewertung der Risiken bei Staatsschulden spielen auch Rating-Agenturen eine gewisse Rolle. Dabei können die von den Agenturen herausgegebenen Ratings erhebliche Auswirkungen auf die jeweiligen Finanzierungskosten privater Unternehmen wie aber auch der öffentlichen Hand haben.

1. Welchen Einfluss haben nach Auffassung der Bundesregierung die Ratings von Fitch, Moody's und Standard and Poor's auf die Finanzierungskosten der Bundesrepublik Deutschland?

Die Bundesregierung schätzt den Einfluss der Rating-Agenturen auf die Finanzierungskosten bei der Kreditaufnahme als sehr gering ein. Maßgeblich ist vielmehr, dass Deutschland an den Kapitalmärkten als Emittent wahrgenommen wird, der jederzeit in der Lage ist, seinen Verpflichtungen nachzukommen.

2. Welche Bedeutung hat in den Augen der Bundesregierung das „Triple A“ für den Benchmark-Status der deutschen Staatsanleihen?

Die führenden Rating-Agenturen geben für Bundeswertpapiere unaufgefordert Ratings ab. Bei diesen indirekten, nicht angeforderten Ratings erhielt Deutschland jeweils die höchstmögliche Bonitätseinstufung (so genannte Triple A). Aufgrund der außer Zweifel stehenden hervorragenden Bonität des Bundes sind solche Ratings nicht ursächlich für die Wahrnehmung Deutschlands als internationaler Benchmark-Emittent. Insofern dürften diese Ratings auch nur einen äußerst geringen, nicht messbaren Einfluss auf die Konditionen für die Mittelaufnahme des Bundes haben.

3. Welchen Stellenwert räumt die Bundesregierung den Meinungen der Rating-Agenturen zur deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik ein und inwiefern orientiert sich die Bundesregierung dabei an deren Handlungsempfehlungen?

Die Bundesregierung hat bei keiner Rating-Agentur ein Rating in Auftrag gegeben. Daher nimmt sie die Meinungen der Rating-Agenturen und gegebenenfalls geäußerte Handlungsempfehlungen wie alle anderen inoffiziellen Äußerungen zur deutschen Wirtschafts- und Finanzpolitik zur Kenntnis.

4. Stimmt die Bundesregierung zu, dass nur eine berechenbare und nachhaltige Haushaltspolitik, die die Reduzierung der Neuverschuldung und den Schuldenabbau sichtbar und zeitnah zum Ziel hat, die Beibehaltung der gegenwärtig erstklassigen Bonität Deutschlands gewährleistet?

Auch nach Auffassung der Bundesregierung ist eine berechenbare und nachhaltige Haushaltspolitik ein wichtiger Faktor für die Beibehaltung der erstklassigen Bonitätseinstufung Deutschlands. Die Bundesregierung verfolgt eine solche Finanzpolitik, wie das kürzlich aktualisierte deutsche Stabilitätsprogramm vom Dezember 2004 für den ECOFIN-Rat dokumentiert. Nach Auffassung der Bundesregierung sind aber auch Reformmaßnahmen in anderen Politikbereichen, wie sie zum Beispiel im Rahmen der Agenda 2010 verfolgt werden, wichtig für die Stärkung der Wirtschaftskraft Deutschlands und des damit verbundenen Standings an den internationalen Kapitalmärkten.

5. Welchen Einfluss haben in diesem Zusammenhang das mehrmalige Überschreiten der Stabilitätskriterien und die Nachtragshaushalte der vergangenen Jahre auf das Rating der Bundesrepublik Deutschland?

Nach Auffassung der Bundesregierung haben die Überschreitung der Defizitgrenze des Maastricht-Vertrages und die Verabschiedung der Nachtragshaushalte keinen Einfluss auf das Rating Deutschlands. Ursächlich hierfür waren zunächst die unerwartet ausgeprägte Konjunkturschwäche und zuletzt die im aktuellen Aufschwung immer noch schwache Inlandsnachfrage. Entscheidend für die Wahrnehmung des Bundes an den Kapitalmärkten als Emittent höchster Bonität sind aber vielmehr die Konsolidierungsanstrengungen und die Reformpolitik der Bundesregierung, wie sie zum Beispiel im deutschen Stabilitätsprogramm und der Agenda 2010 niedergelegt sind.

6. Wie stabil sieht die Bundesregierung kurz-, mittel- und langfristig (das heißt in einem Zeitraum von bis zu zwei Jahren, zwei bis fünf Jahren und mehr als fünf Jahren) das gegenwärtige „Triple A“ Deutschlands?

Nach Auffassung der Bundesregierung ist das „Triple A-Rating“ der Bundesrepublik Deutschland (vor dem Hintergrund der Ausführungen zur Beantwortung der Fragen 4 und 5) weder kurz- noch mittel- und langfristig gefährdet.

7. Angenommen, es käme zu einem Downgrade Deutschlands von jetzt AAA (Aaa) auf AA+ (Aa1): Welche zusätzlichen Ausgaben würde dies – bei sonst gleichen ökonomischen Rahmenbedingungen und angenommen gleicher Nachfrage nach deutschen Staatsanleihen – für den Haushalt 2005 und die mittelfristige Finanzplanung des Bundes bedeuten?

Die Frage ist rein hypothetischer Natur. Die Bundesregierung beteiligt sich nicht an Spekulationen.

